

Stadt Schwäbisch Gmünd  
SPD-Gemeinderatsfraktion

**„SPD-Fraktion fordert kostenfreies Deutschlandticket für die Beschäftigten der Stadtverwaltung!“**

Antrag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welche Art und Weise und zu welchen Konditionen die Stadt Schwäbisch Gmünd, wie z.B. auch die Stadt Stuttgart, ihren Mitarbeiter\*innen (inklusive Eigenbetriebe und Kitas) das Deutschlandticket zur Verfügung stellen kann.
2. Für den Gemeinderat wird eine Vorlage erstellt, aus der hervorgeht, wie viele Mitarbeiter\*innen dieses Angebot voraussichtlich in Anspruch nehmen würden und welche Kosten für das Deutschlandticket voraussichtlich für die Stadt entstehen.
3. Auf Grundlage dieses Berichtes fordert die SPD-Fraktion die Beratung und Abstimmung über ein kostenfreies Deutschlandticket für alle Beschäftigten der Stadtverwaltung, (inkl. Eigenbetriebe und Kitas). Entsprechende Detailfragen sind in den Beratungen zu klären. Gegebenenfalls sind sachdienliche Kompromisse anzustreben.

Begründung:

In Zeiten des Fachkräftemangels und einer Übernachfrage nach Arbeitskräften muss die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen werden. Das kostenfreie 49€-Ticket für alle Beschäftigten wäre eine wichtige Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung der Stadtverwaltung, zur Personalhaltung und Personalgewinnung. Im Unterschied zu einer Arbeitgeber-Zulage ist das kostenlose Ticket sogar steuerfrei. Die Stadt Stuttgart hat es bereits vorgemacht und investiert jährlich etwa 8,8 Millionen Euro in diese Maßnahme. Zudem wäre das kostenlose Deutschlandticket eine wichtige Entlastung für die Beschäftigten, die aktuell von hohen Reallohnverlusten betroffen sind. Neben den finanziellen Aspekten und der Attraktivität der Stadtverwaltung als Arbeitgeberin wäre das kostenfreie Deutschlandticket ein wichtiger Beitrag zur Verkehrswende. Der Stadt kommt eine Vorbildfunktion zu, mit dem kostenfreien Deutschlandticket kann ein wichtiger Beitrag zur Mobilitätswende geleistet werden und die Nutzung des ÖPNV attraktiver gemacht werden. Das ist wichtig, um das beschlossene Ziel der Klimaneutralität bis 2035 erreichen zu können.